

dieser Welt, die verschiedenen Götzen anzubeten, die sich uns täglich präsentieren.

Zwar hat Gott seine Kinder versucht, Abraham, Hiob, aber wir sind nicht Abraham, und wir sind nicht Hiob. Die Rabbinen fragen, auf wen legt denn der Mensch seine Bürde – auf ein Tier, das nicht tragen kann, das schwach ist? Nein, nur auf die Starken. Wir sind nicht so stark. Wir versuchen, ein gutes Leben zu führen, soweit es in unserer Macht ist. Aber wir bitten, wir beten zu Gott, dass er uns nicht zu sehr versuchen möge und dass er uns helfe, an der Erlösung teilzuhaben von dem Bösen – nicht gegen die Bösen geht es, sondern gegen das Böse. »Die Gott lieben, hassen das Böse«, sagt der Psalmist. Die Menschen, die Böses tun, sie sind in unsere Verantwortung gegeben. Wir haben mitzuhelfen, sie wieder zurückzubringen auf den rechten Weg. Aber von dem Bösen möge uns Gott bewahren und möge er uns erlösen.

Es gibt wohl kaum ein Volk, das mehr gelitten hat unter Verfolgung und Not als wir Juden. Und trotzdem haben wir durch die Jahrtausende an diesen Gott geglaubt, der der Erretter und der Erlöser ist, der uns erlösen wird von jedem Übel. Denn ohne einen solchen Glauben kann der Mensch nicht leben.

Die Menschen, die in den Tod gingen in jenen schrecklichen Tagen des Nationalsozialismus, sangen dieses grosse Lied noch vor ihrem Tod, *Ani maamin*, »ich glaube mit vollkommenem Glauben« an das Kommen des messianischen Reiches, und wenn es sich auch verzögert, wir glauben trotzdem an das Kommen dieses seines Reiches. Und ein anderes Lied der dem Tod Geweihten hat folgenden Vers: »Sage niemals, dass du den letzten Weg gehst.« Wir Menschen dürfen niemals die Hoffnung verlieren und den Glauben, niemals verzweifeln und niemals sagen, dies ist der letzte Weg. Sondern mit dem Glauben an den Vater, der im Himmel ist, werden wir, seine Kinder, leben können, Gott preisen können und mitarbeiten als seine Partner am Reiche Gottes.

*Fürbitten – Segensspruch*

## 14 Bischof Georg Moser, Präsident von »Pax Christi«, appelliert an Regierung und Öffentlichkeit, 22. 1. 1980\*

Rottenburg (kna). Die Bundesrepublik darf nach Meinung des Bischofs von Rottenburg-Stuttgart und Präsidenten der deutschen Sektion der internationalen Friedensbewegung Pax Christi, Georg Moser, schon von ihrer Geschichte her nicht zur »Waffenschmiede für andere Länder« werden. In einem Interview richtete Moser an die Bundesregierung den Appell, keine Waffen, jedenfalls nicht in Spannungsgebiete, zu exportieren. Der Waffenhandel schädige, wie der Bischof betonte, Menschen und heize die militärischen Spannungen unverantwortlich an. In diesen Zusammenhang stellte Moser auf eine entsprechende Frage auch die mögliche Panzerlieferung an Saudi Arabien und gab zu bedenken, welche Wirkung das auf Israel haben werde . . .

\* In: Badische Zeitung, Freiburg i. Br., 22. 1. 1981.

## 15 Erklärung der Arbeitsgemeinschaft »Juden und Christen« beim Deutschen Evangelischen Kirchentag, Hamburg, 20. 6. 1981

*Zur Gefahr eines neuen Antisemitismus*

Wir sind besorgt darüber, dass in unserem Lande die Einstellung zum Staat Israel und zum Judentum sich verschlechtert.

Nach einer Zeit, in der das Entsetzen über die nazistische

Judenverfolgung Selbstkritik, Bitte um Vergebung und Wunsch nach einem neuen, besseren Verhältnis zu den Juden unter uns und im Staate Israel zur Folge hatte, mehren sich jetzt die Zeichen des Rückfalls in Judenfeindschaft. Hinter der Kritik an der israelischen Regierung, die natürlich ebenso kritisierbar ist wie die Politik jeder Regierung, wird der alte Antisemitismus sichtbar. Darum erklären wir:

1. Es ist Antisemitismus, wenn israelische Politik beurteilt wird ohne Verständnis für die besondere Lage des Staates Israel: ein Kleinstaat, in dreissigjährigem Kriegszustand, umgeben von Feinden, die ihm Anerkennung und Frieden verweigern, ein Staat, dessen Volk eine militärische Niederlage nicht überleben würde.
2. Es ist Antisemitismus, wenn Fehlhandlungen der israelischen Regierung einseitig ohne Berücksichtigung der Handlungen der Feinde Israels und schärfer als Fehlhandlungen anderer Regierungen hervorgehoben und verurteilt werden.
3. Es ist Antisemitismus, wenn die bisher von unserer Regierung anerkannten »besonderen Beziehungen« der Bundesrepublik zum Staate Israel, die eine Folge der von Deutschen und im Namen des deutschen Volkes betriebenen Judenverfolgung sind, bestritten werden und die Verantwortung deutscher Politik für die Existenz und Sicherheit geleugnet oder vergessen wird.

Wir fordern die Bundesregierung auf, diese besonderen Beziehungen nicht preiszugeben, nichts zu tun, was Israels Sicherheit gefährdet und ihre Beziehungen zu den arabischen Staaten im Sinne des zwischen Ägypten und Israel begonnenen Friedensprozesses zu gestalten.

Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, Beziehungen zur PLO an die Bedingung zu knüpfen, dass die PLO die Existenz des Staates Israel anerkennt und alle terroristischen Akte gegen die israelische Bevölkerung einstellt. Wir warnen unser Volk vor dem Rückfall in den Antisemitismus, der uns selbst zerstört. Wir fordern insbesondere alle Christen in unserem Lande dazu auf, bei sich selbst und in ihrer Umgebung gegenüber jüdenfeindlichen Einstellungen wachsam zu sein. Judenfeindschaft trifft auch den Juden Jesus von Nazareth.

## 16 Resolution des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e. V.

*Betr.: Situation der deutsch-israelischen Beziehungen*

*Der Weg der Busse steht jedem Menschen und jedem Volk offen!*

Angeichts der gespannten Situation ruft der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit die Verantwortlichen in Israel und der Bundesrepublik Deutschland zur Besonnenheit auf. Mit tiefer Besorgnis sehen wir Tendenzen, die zu einer Vergiftung des deutsch-israelischen Verhältnisses führen können. Wir teilen die Ängste des israelischen Volkes vor der massiven Aufrüstung jener Staaten, die sich mit Israel im Kriegszustand befinden und den »heiligen Krieg« ausgerufen haben. Als besonders gravierend betrachten wir die Aufwertung der PLO, die jüngst in Damaskus ihr Ziel bekräftigt hatte, den jüdischen Staat zu vernichten. Angesichts dieser Tatsachen verstehen wir auch die heftigen Reaktionen in der israelischen Öffentlichkeit auf Erklärungen des deutschen Bundeskanzlers im Zusammenhang mit seiner Saudiarabien-Reise.

Andererseits bedauern wir die wiederholten Verurteilungen, die von israelischen Politikern über den deutschen Bundeskanzler ausgesprochen wurden. Diese Beschuldigungen sind in ihrem pauschalen und undifferenzierten Charakter nicht gutzuheissen. Wir beklagen alle Verdäch-